

Herrn
Dr. Joachim Lohse
Senator für
Umwelt, Bau und Verkehr
Ansgaritorstr. 2
28195 B R E M E N

Herrn
Oberbürgermeister
Melf Grantz
Magistrat der Stadt Bremerhaven
27524 B R E M E R H A V E N

Postanschrift:
Bürgerinitiative „Keine Erweiterung
Grauer Wall“ **BIKEG**
Grauer Wall 14
27580 Bremerhaven

E-Mail:
info@bikeg.de

Bremerhaven, 4. August 2014

Sehr geehrter Herr Senator, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in der Nordsee-Zeitung ließen Sie, Herr Oberbürgermeister, verkünden, dass in Bezug auf die Deponie Grauer Wall nun gehandelt werde und Staubmessstellen in Absprache mit der Bürgerinitiative BIKEG eingerichtet wurden. Richtig daran ist, dass die Bürgerinitiative zu einem Gespräch eingeladen worden ist und daran auch teilgenommen hat. Die weitergehenden Forderungen der Mitglieder der Initiative sind jedoch von den anwesenden Behördenvertretern abgelehnt worden, so auch von Ihnen, Herr Oberbürgermeister.

Unsere Forderungen bestanden im Wesentlichen aus

1. der Einrichtung von weiteren Messstellen, um die Deponie als Ganzes erfassen zu können,
2. der zusätzlichen Untersuchung des Staubes auf Asbestfasern,
3. der Durchführung einer Feinstaubmessung, wie sie zum 01.01.2015 als wesentliche Beurteilung des lungengängigen Feinstaubes erforderlich wird und
4. die Messstellen zur weiteren Kontrolle länger als nur ein Jahr zu betreiben.

Die Ablehnungsgründe waren, neben der immer wieder gern zitierten Geldknappheit, von typischerweise bürokratischer Natur, d.h. lagen im Ermessensspielraum der Behörden:

Zu 1. Im gesamten „Gesundheits“-Park Speckenbüttel bedürfe es keiner Messung, da dies kein dauerhaft bewohntes Gebiet sei. Dasselbe Argument wurde für alle übrigen Bereiche rund um die Deponie angeführt, soweit dort keine Wohnbebauung vorhanden ist (z. B. Sport- und Spielplätze). D.h. weite Bereiche, die durch Westwind geprägt sind, werden nicht erfasst, ebenso wird der gesamte Ostwindbereich durch keine Staubmessstelle erfasst.

Zu 2. Zu Asbest wurde argumentiert, dass der ja so staubarm verpackt und gelagert würde, dass sich eine Untersuchung nicht lohne. Aussagen von Arbeitern, die Asbest auf der Deponie entsorgt haben und Unterlagen aus den im Gewerbeaufsichtsamt geführten Aufzeichnungen über Kontrollen auf der Deponie zeigen, dass dort seit Jahrzehnten absolut unzuverlässig und gleichgültig mit Asbest umgegangen wird. Der letzte bekannt gewordene Vorfall dieser Art stammt vom 30.09.2013, noch während des laufenden Verfahrens vor dem OVG Bremen! Eine Strafanzeige ist erfolgt.

Zu 3. Was die Feinstaubmessung angeht, wussten die Behörden natürlich, dass ab 2015 dieser lungengängige Feinstaub eine gewichtige Rolle spielen wird. Bei der Feinstaubmessung, wie sie jetzt erfolgt, lässt sich der gefährliche lungengängige Anteil nicht getrennt bestimmen. Das führt dazu, dass er in dem doppelt so hohen Grenzwert des Gesamtfeinstaubes untergeht.

Zu 4. Diese Forderung wurde aus Kostengründen abgelehnt und „weil die Maßnahme nur für ein Jahr vorgesehen“ ist. Dabei beruht unsere diesbezügliche Forderung auf der Überlegung, dass der Betreiber der Deponie in dem „Messjahr“ besonders darauf bedacht sein wird, Staub zu vermeiden und intensiv zu wässern und auch sonst vorsichtiger sein wird beim Umgang mit staubenden Gütern. Wenn das Jahr dann endlich um ist, geht der alte Trott wieder weiter.

Sehr geehrter Herr Senator Lohse, uns klingt noch der Satz Ihrer zuständigen Mitarbeiterin Frau Schemmel im Ohr, die im Hinblick auf die Einrichtung der Staubmessstellen sagte „jetzt wird ja etwas getan“: „Schauen Sie doch in die Zukunft.“ Ja, Herr Senator, das machen wir! Für mindestens weitere 20 Jahre hat Ihre Behörde einem Privatunternehmen genehmigt, eine offene Deponie mit Abfall der zweithöchsten Gefahrstufe (schlimmer ist nur radioaktiver Abfall) in unmittelbarer Nähe von bewohnten Gebieten, Spiel- und Sportstätten und einem als „Gesundheitspark“ bezeichnetem Naherholungsgebiet zu betreiben. Bis 31.12.2013 war sogar die oberirdische Ablagerung von jährlich bis zu 5.000 t höchst gefährlicher Filterstäube zugelassen.

Ja, Herr Senator, Herr Oberbürgermeister, wir schauen in unsere Zukunft: Wir möchten in Zukunft nicht mehr Müllschlucker für ganz Deutschland und das benachbarte Europa sein und vor allem nicht mehr durch Giftmüll gefährdet werden!

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand der BIKEG

*Ernst Baran, Joachim Barthel, Günther Flißikowski,
Dr. Sabine Hanisch, Erhard Liedl, Regina Wiese, Dr. Frieder Walz*